

U5 wird zum Politikum

SPD und Grüne torpedieren die Planung der Hochbahn per Eilantrag

Am 14. Juli hat die Hochbahn die Erweiterung der U5-Planung um eine Nordvariante bekanntgegeben. Diese etwa 1,2 km kürzere und ca. 200 Millionen Euro günstigere Variante wird schon vor Bekanntwerden der Untersuchungsergebnisse von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bezirk abgelehnt. In der Bezirksversammlung am 12. Oktober stellten beide Fraktionen einen gemeinsamen Eilantrag um politischen Einfluss auf die Hochbahn zu nehmen.

Eine Haltestelle in der Nordheimstraße sei „keine angemessene Erschließung Barmbek-Nords“. Unter Punkt 1 des Eilantrags soll sich die Bezirksversammlung Hamburg-Nord „für eine Haltestelle entlang der ursprünglich geplanten südlichen Trasse der U5“ aussprechen.

Ergebnisse der laufenden Untersuchungen der Hochbahn liegen noch nicht vor. Eine fundierte Abwägung ist noch nicht möglich. Die Nordheimstraße liegt unweit der ursprünglich geplanten Haltestelle Elligersweg.

Auf der Klausurtagung der SPD in Boltenhagen am 7. Oktober wurde den Parteimitgliedern der aktuelle Planungsstand beim Schnellbahnausbau präsentiert – anschließend wurde von der SPD die Forderung an die neue Regierung in Berlin formuliert, die Länder für diese Projekte stärker finanziell zu unterstützen. Augenscheinlich liegen neue Kostenschätzungen vor, die diesen Schritt notwendig machten. Das gesamte Projekt der U5 steht und fällt mit der sogenannten Nutzen-Kosten-Untersuchung, die positiv ausfallen muss um Zuschüsse des Bundes zu erhalten.

Es wird eine kurzfristige öffentliche Veranstaltung gefordert, um die Ergebnisse der vertieften Untersuchung der fünf Standorte der Südvariante vorzustellen. Die Anwesenheit eines Vertreters des Senats auf der geforderten Veranstaltung als „notwendig“ erachtet. Dadurch soll eine Vorentscheidung zugunsten der Südvariante erzwungen werden, bevor die Ergebnisse zur Nordvariante vorliegen.

Noch im Februar haben Herr Kleinow – Urheber des Antrags – Herr Domres sowie Bezirksamtsleiter Herr Rösler in der Bezirksversammlung zu Protokoll gegeben, dass die Planung der U5 Sache der Hochbahn sei und die Anwesenheit von Vertretern aus Politik und Fachbehörden nicht notwendig sei. Es ging dabei um die Forderung, dass Entscheidungsträger bei der bevorstehenden dritten Info-Veranstaltung zur U5 in Barmbek-Nord den Bürgern Rede und Antwort stehen sollten.

Trotz der Mehrheitsverhältnisse in der Bezirksversammlung kam der Eilantrag nicht zur Abstimmung – er war nicht fristgerecht eingereicht worden und musste nachträglich von der Tagesordnung genommen werden. Der Antrag soll nun im Hauptausschuss am 7. November erneut eingereicht und beschlossen werden.

Die *Bürgerinitiative für einen lebenswerten Hartzloh* fordert die Bezirksfraktionen von SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN auf, diesen Antrag ersatzlos zurückzunehmen. Eine einseitige, massive Einflussnahme auf die Hochbahn von politischer Seite aufgrund unliebsamer Erkenntnisse aus den Untersuchungen ist weder hinnehmbar noch angemessen!

Datum: 20. Oktober 2017
Verfasser: Bürgerinitiative für einen lebenswerten Hartzloh
Internet: www.lebenswerter.hartzloh.de
Kontakt: lebenswert@hartzloh.de
Ansprechpartner: Robert Lindenau, Daniel Witte, Sven Lundius